

VOLKSWAGEN BANK

GMBH

GESCHÄFTSBERICHT
HGB

2019

Jahresbilanz

zum 31. Dezember 2019 der Volkswagen Bank GmbH, Braunschweig

T €		31.12.2019	31.12.2018
Aktivseite			
1. Barreserve			
a) Kassenbestand	987		933
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	3.469.985		1.864.626
darunter:			
bei der Deutschen Bundesbank T € 3.425.826			(1.781.714)
c) Guthaben bei Postgiroämtern	28		8
		3.470.999	1.865.567
2. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig	314.759		528.046
b) andere Forderungen	112.290		377
		427.049	528.424
3. Forderungen an Kunden		55.706.184	51.077.476
darunter:			
durch Grundpfandrechte			
gesichert T € 372.505			(391.603)
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
a) Anleihen und Schuldverschreibungen			
aa) von öffentlichen Emittenten	1.320.059		2.094.399
darunter:			
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank T € 1.320.059			(1.865.486)
ab) von anderen Emittenten	13.384.346		13.324.573
darunter:			
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank T € 12.731.100			(12.449.813)
		14.704.406	15.418.973
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		0	0
6. Beteiligungen		93.893	87.852
7. Anteile an verbundenen Unternehmen		125.907	546.982
darunter:			
an Kreditinstituten T € 2.627			(2.324)
8. Immaterielle Anlagewerte			
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	13.127		11.110
b) Geschäfts- oder Firmenwert	0		0
c) geleistete Anzahlungen	149		0
		13.275	11.110
9. Sachanlagen		13.168	9.730
10. Leasingvermögen		1.644.148	1.407.756
11. Sonstige Vermögensgegenstände		375.997	637.365
12. Rechnungsabgrenzungsposten		123.211	21.032
Summe der Aktiva		76.698.236	71.612.266

T €		31.12.2019	31.12.2018
Passivseite			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
a) täglich fällig	52.575		1.245.092
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	7.411.687		7.627.209
		7.464.262	8.872.301
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
a) andere Verbindlichkeiten			
aa) täglich fällig	24.847.615		23.820.648
ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	13.351.639		10.623.004
		38.199.254	34.443.652
3. Verbriefte Verbindlichkeiten			
a) begebene Schuldverschreibungen	7.037.916		4.770.326
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	639.477		900.324
darunter:			
Geldmarktpapiere T € 639.477			(900.324)
		7.677.393	5.670.650
4. Sonstige Verbindlichkeiten		13.040.123	12.167.503
5. Rechnungsabgrenzungsposten		852.742	887.268
6. Rückstellungen			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	100.774		88.894
b) Steuerrückstellungen	44.290		40.991
c) andere Rückstellungen	422.267		509.381
		567.332	639.267
7. Sonderposten mit Rücklageanteil		0	1.128
8. Nachrangige Verbindlichkeiten		30.000	30.000
9. Fonds für allgemeine Bankrisiken		25.565	25.565
10. Eigenkapital			
a) gezeichnetes Kapital	318.279		318.279
b) Kapitalrücklage	8.497.681		8.531.049
c) Gewinnrücklagen			
ca) andere Gewinnrücklagen	25.604		25.604
d) Bilanzgewinn	0		0
		8.841.565	8.874.933
Summe der Passiva		76.698.236	71.612.266
1. Eventualverbindlichkeiten			
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		233.062	183.232
davon:			
gegenüber verbundenen Unternehmen		173.462	152.249
2. Andere Verpflichtungen			
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen		1.771.244	2.303.652
davon:			
gegenüber verbundenen Unternehmen		30.260	54.533

Gewinn- und Verlustrechnung

der Volkswagen Bank GmbH, Braunschweig, für die Zeit vom 1.1. bis 31.12.2019

T €			2019	2018
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.602.677			1.502.960
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	50.073			67.566
		1.652.750		1.570.526
2. Zinsaufwendungen		131.385		105.378
3. Zinsanomalien				
a) Positive Zinsen aus dem Bankgeschäft (Geldaufnahmen)	6.834			104.640
b) Negative Zinsen aus Geldmarktgeschäften	19.957			22.341
		-13.123		82.299
			1.508.241	1.547.447
4. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		54		58
b) Beteiligungen		0		6.758
			54	6.816
5. Leasingerträge		997.608		837.646
6. Leasingaufwendungen		466.498		396.011
			531.111	441.635
7. Provisionserträge		377.571		351.980
8. Provisionsaufwendungen		563.751		749.225
			-186.180	-397.245
9. Sonstige betriebliche Erträge			228.642	248.195
10. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			1.128	43
11. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	177.765			165.730
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	37.516			43.300
darunter:		215.281		209.030
für Altersversorgung T € 8.089				(15.371)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		580.100		543.387
			795.381	752.417
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte, Sachanlagen und Leasingvermögen				
a) Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		10.695		8.323
b) Abschreibungen auf Leasingvermögen		504.928		437.852
			515.623	446.175
13. Sonstige betriebliche Aufwendungen			79.843	315.962
14. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			205.691	105.953
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			10	453

T€			2019	2018
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			305	0
17. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			486.753	225.932
18. Außerordentliche Erträge		0		74.972
19. Außerordentliche Aufwendungen		2		0
20. Außerordentliches Ergebnis			-2	74.972
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			121.931	96.317
22. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 13 ausgewiesen			95	120
23. Auf Grund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne			364.726	204.467
24. Jahresüberschuss			0	0
25. Vermögensminderung durch Abspaltung			-481.099	0
26. Entnahme aus der Kapitalrücklage			481.099	0
27. Bilanzgewinn			0	0

Anhang

der Volkswagen Bank GmbH, Braunschweig, zum 31.12.2019
Registergericht: Braunschweig
Handelsregister-Nummer: HRB 1819

I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des HGB und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Zum 31. Dezember 2019 besteht sowohl ein Beherrschungsvertrag als auch ein Gewinnabführungsvertrag mit der Volkswagen AG.

Die Volkswagen Bank GmbH ist gemäß § 285 Nr. 21 HGB verpflichtet, wesentliche Geschäfte mit nahestehenden Personen, welche nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommen sind, anzugeben. Alle Geschäfte mit nahestehenden Personen sind zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommen.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Vermögensgegenstände und Schulden sind nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB und ergänzend nach denjenigen der §§ 340 ff. HGB bewertet. Die übrigen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erfolgen nach den gleichen Grundsätzen wie im Vorjahr, soweit nicht anders angegeben.

Die Bewertung von Fremdwährungsgeschäften des Nichthandelsbestands erfolgt nach § 340h i. V. m. § 256a HGB. Der nach § 340h HGB besonders gedeckte Bestand an Vermögenswerten, Schulden oder Termingeschäften umfasst entsprechend der Risikostrategie der Volkswagen Bank GmbH alle wesentlichen Fremdwährungsgeschäfte. Die Bewertung erfolgt zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag. Erträge und Aufwendungen aus der Währungsumrechnung von in derselben Währung besonders gedeckten Fremdwährungspositionen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis berücksichtigt.

Für Vermögensgegenstände und Schulden in Fremdwährung, die nicht einer besonderen Deckung in derselben Währung unterliegen, erfolgt die Währungsumrechnung gemäß § 256a Satz 1 HGB zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag und unter Beachtung des Anschaffungskosten- und Imparitätsprinzips. Bei einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger erfolgt eine volle erfolgswirksame Erfassung der Umrechnungsergebnisse gemäß § 256a Satz 2 HGB.

Die zum Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Devisentermingeschäfte des Nichthandelsbestands, die der Absicherung von zinstragenden Bilanzposten dienen, werden nach der Methode des gespaltenen Terminkurses bewertet. Dabei wird das Termingeschäft in seine Bestandteile Kassakurs und Swapsatz (Report/Deport) aufgeteilt. Report und Deport werden zeitanteilig über die Laufzeit des Termingeschäfts wie Zinsen abgegrenzt. Die Bewertung erfolgt durch Gegenüberstellung der Kassabasis der Termingeschäfte mit dem Devisenkassamittelkurs des Bilanzstichtags. Positive und negative Kassakursdifferenzen innerhalb derselben Währung werden miteinander verrechnet. Der Saldo wird als Ausgleichsposten aus dem Devisengeschäft unter der Position „Sonstige Vermögensgegenstände“ bzw. „Sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen.

Die in der Volkswagen Bank GmbH abgeschlossenen Zins- und Währungsderivate stehen in allgemeinen wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen. Das Wahlrecht zur expliziten Bildung von Bewertungseinheiten nach § 254 HGB wird nicht in Anspruch genommen.

Die Barreserve wird zum Nennwert ausgewiesen.

Forderungen sind mit dem Nennbetrag abzüglich der Risikovorsorge angesetzt. Dabei werden in der Händlerfinanzierung Einzelwertberichtigungen auf Einzelvertragsbasis ermittelt, Risiken auf nicht einzelwertberichtigten Händlerforderungen wird durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen. In der Kundenfinanzierung kommen pauschalierte Einzelwertberichtigungen zum Ansatz. Das zur Wertberichtigungs-

ermittlung im Einsatz befindliche Modell wurde aus der aufsichtsrechtlichen Risikoquantifizierungssystematik abgeleitet.

Die Volkswagen Bank GmbH hat die Wertpapiere der eigenen ABS-Verbriefung Driver Master Compartment 2 vollständig erworben. Nach den Grundsätzen des IDW RS HFA 8 verbleiben somit wesentliche Bonitätsrisiken bei der Volkswagen Bank GmbH. Ein Übergang des wirtschaftlichen Eigentums der diesen ABS-Transaktionen zugrunde liegenden Forderungen findet nicht statt, sodass sie weiterhin unter den Forderungen gegenüber Kunden ausgewiesen werden. In Höhe des zugeflossenen Kaufpreises wird eine sonstige Verbindlichkeit passiviert, die mit Weiterleitung der Zahlungen aus den veräußerten Forderungen anteilig in Höhe der Barwertveränderung der zugrunde liegenden Forderungen vermindert wird. Die Differenz zu den erhaltenen Zahlungen wird als Zinsaufwand erfasst. Für aus eigenen Verbriefungen erworbene Wertpapiere wird keine Folgebewertung vorgenommen, da diese eigene Forderungen verbrieften und ein Adressenausfallrisiko bereits im Rahmen der Forderungsbewertung berücksichtigt wird.

Schuldverschreibungen und andere fest- sowie nicht festverzinsliche Wertpapiere des Umlaufvermögens, die mithilfe von marktbezogenen Parametern bewertet und als Liquiditätsreserve gehalten werden, sind mit ihren historischen Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert (§ 340e Abs. 1 Satz 2 i. V. m. § 253 Abs. 4 Satz 1 HGB und § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB).

Aktien, Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden mit den Anschaffungskosten bzw. ihrem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bewertet.

Gegenstände des Sachanlagevermögens und der immateriellen Anlagewerte, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden linear gemäß den Nutzungsdauern abgeschrieben. Die Zugangsbewertung erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Die Nutzungsdauern der Geschäfts- und Firmenwerte richteten sich nach der geschätzten wirtschaftlichen Nutzungsdauer und betragen acht Jahre (VWV Retail) und zwei Jahre (Volkswagen Finance S.A., Frankreich).

Für die in der Position „Leasingvermögen“ ausgewiesenen Fahrzeuge wird eine lineare Abschreibung gemäß den betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern vorgenommen. Die Zugangsbewertung erfolgt zu Anschaffungskosten. In den Bilanzpositionen Sachanlagen, immaterielle Anlagewerte und Leasingvermögen erfolgen außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung. Bei Abgang von Fahrzeugen des Leasingvermögens werden die Erlöse unter den Leasingerträgen, die abgehenden Restbuchwerte unter den Leasingaufwendungen erfasst.

Unterschiedsbeträge zwischen Auszahlungs- und Nennbetrag werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Die Bewertung der Rückstellungen erfolgt zum Betrag der bestmöglichen Schätzung des notwendigen Erfüllungsbetrags.

Es existieren sowohl direkte Altersversorgungszusagen als auch solche, die über den Volkswagen Pension Trust e.V. finanziert werden. Bei den über den Volkswagen Pension Trust e.V. finanzierten Zusagen handelt es sich um sogenannte wertpapiergebundene Altersversorgungszusagen, deren Höhe sich gemäß § 253 Abs. 1 Satz 3 HGB nach dem beizulegenden Zeitwert der Wertpapiere bestimmt. Es findet eine Verrechnung der Wertpapiere mit den fondsgedeckten Rückstellungen gemäß § 246 Abs. 2 HGB statt.

Bei weiteren Altersversorgungsverpflichtungen (Zeitwertpapier) handelt es sich ebenfalls um wertpapiergebundene Zusagen. Das Zeitwertpapier bietet eine Möglichkeit, mit zu erwerbenden Zeitwertanteilen auf einen vorzeitigen Ruhestand zu sparen. Die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Wertpapiere werden als Deckungsvermögen mit den korrespondierenden Rückstellungen saldiert.

Die nicht extern finanzierte Pensionsrückstellung ist zum Barwert angesetzt.

Bei der Bewertung der Pensionsverpflichtungen werden als Grundlagen die Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Die Rückstellungen für Altersvorsorgeverpflichtungen werden gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit einem durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst. Dabei wird von einer pauschalen Restlaufzeit der Verpflichtungen von 15 Jahren ausgegangen. Die Pensionsrückstellungen ergeben sich als Saldo aus den Altersvorsorgeverpflichtungen und dem diesen zugehörigen, mit dem beizulegenden Zeitwert bilanzierten Deckungsvermögen. Übersteigt das Deckungsvermögen die Pensionsrückstellungen, wird die Differenz als aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung ausgewiesen.

Bei einzelnen Rückstellungen mit einer Laufzeit von über einem Jahr wird unter Wesentlichkeitsgesichtspunkten auf die laut § 253 Abs. 2 HGB vorgeschriebene Abzinsung verzichtet. Die Wesentlichkeitseinschätzung wird fortlaufend geprüft.

Das Bankbuch der Volkswagen Bank GmbH wurde gemäß IDW RS BFA 3 hinsichtlich der Notwendigkeit einer Rückstellung für drohende Verluste überprüft. Dabei wurde das Barwertverfahren angewandt. Voraussichtlich noch anfallende Risikokosten zuzüglich eines Risikokostenzuschlags und Verwaltungskosten wurden durch eine Einbeziehung in den zur Diskontierung der Zahlungsströme verwendeten Zinssatz berücksichtigt und der so ermittelte Barwert dem handelsrechtlichen Buchwert der Vermögensgegenstände des Bankbuches gegenübergestellt. Es ergaben sich keine Anhaltspunkte, dass eine Rückstellung für drohende Verluste zu bilden ist.

Für alle erkennbaren Risiken wurde im Jahresabschluss durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen Vorsorge in ausreichender Höhe getroffen. Das latente Risiko im Kreditgeschäft wird durch Pauschalwertberichtigungen abgedeckt.

Im Berichtsjahr werden die negativen Zinsen auf finanzielle Vermögensgegenstände und die positiven Zinsen auf finanzielle Verpflichtungen separat in der Gewinn- und Verlustrechnung als Zinsanomalien ausgewiesen. Aufgrund dieser Darstellungsweise erhöht sich die Transparenz hinsichtlich der Zusammensetzung des Zinsergebnisses.

III. Erläuterungen zur Bilanz

FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE

In den Forderungen an Kreditinstitute sind Forderungen an verbundene Unternehmen in Höhe von T€ 6.005 (Vorjahr: T€ 265) enthalten. Des Weiteren sind keine Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: T€ 0), enthalten.

Von den Forderungen an Kreditinstitute entfallen auf die Restlaufzeit:

- > täglich fällig T€ 314.759 (Vorjahr: T€ 528.046)
- > bis drei Monate T€ 106.284 (Vorjahr: T€ 377)
- > mehr als drei Monate und bis ein Jahr T€ 0 (Vorjahr: T€ 0)
- > mehr als ein Jahr und bis fünf Jahre T€ 6.005 (Vorjahr: T€ 0)
- > mehr als fünf Jahre T€ 0 (Vorjahr: T€ 0).

Sämtliche Forderungen an Kreditinstitute sind unverbrieft.

FORDERUNGEN AN KUNDEN

Der Posten beinhaltet Forderungen an verbundene Unternehmen in Höhe von T€ 3.330.485 (Vorjahr: T€ 6.490.361).

Die Restlaufzeiten des Gesamtbetrags der insgesamt unverbrieften Forderungen an Kunden gliedern sich in:

- > bis drei Monate T€ 10.572.894 (Vorjahr: T€ 11.656.026)
- > mehr als drei Monate und bis ein Jahr T€ 10.845.964 (Vorjahr: T€ 9.973.585)
- > mehr als ein Jahr und bis fünf Jahre T€ 28.567.506 (Vorjahr: T€ 23.845.058)
- > mehr als fünf Jahre T€ 729.055 (Vorjahr: T€ 1.519.673).

Im Posten „Forderungen an Kunden“ sind Forderungen mit unbestimmter Laufzeit (gemäß § 9 Abs. 3 Nr. 1 RechKredV) in Höhe von T€ 4.990.765 (Vorjahr: T€ 4.083.134) enthalten.

In dem Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ sind nachrangige Forderungen in Höhe von T€ 559.104 (Vorjahr: T€ 548.557) enthalten, davon entfallen T€ 559.104 (Vorjahr: T€ 548.557) auf nachrangige Forderungen aus den von der Volkswagen Bank GmbH durchgeführten ABS-Transaktionen.

Der Anteil der Forderungen aus dem Leasinggeschäft beträgt T€ 2.794.174 (Vorjahr: T€ 3.702.900), davon entfallen T€ 2.667.656 (Vorjahr: T€ 2.432.595) auf die Bankfiliale in Frankreich und T€ 0 (Vorjahr: T€ 1.137.166) auf die Bankfiliale in Italien.

Forderungen aus der Kundenfinanzierung in Höhe von T€ 908.075 (Vorjahr: T€ 751.316) entfallen auf die Bankfiliale in Frankreich.

FORDERUNGEN GEGENÜBER GESELLSCHAFTERN

Forderungen gegenüber unserer Alleingesellschafterin, der Volkswagen AG, Wolfsburg, bestanden zum Bilanzstichtag in Höhe von T€ 384 (Vorjahr: T€ 777).

SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

Zur Absicherung der Liquiditätsversorgung haben die Volkswagen Leasing GmbH und die Volkswagen Finance S.A., Madrid, ABS-Transaktionen durchgeführt. Die von den ankaufenden Zweckgesellschaften emittierten Wertpapiere wurden jedoch teilweise nicht an Investoren veräußert, sondern von der Volkswagen Bank GmbH erworben und als Sicherheit für die Teilnahme an Offenmarktgeschäften der Deutschen Bundesbank verpfändet. Der Gesamtbestand dieser Wertpapiere beläuft sich auf T€ 4.500 (Vorjahr: T€ 67.650). Diese Papiere werden in voller Höhe der Liquiditätsreserve zugeordnet. Die Bewertung erfolgt nach dem strengen Niederstwertprinzip. Zur Wertermittlung dieser börsenfähigen und börsennotierten Wertpapiere wurde aufgrund der fehlenden Marktgängigkeit ein eigenes Bewertungsmodell herangezogen. Hierbei wurden die ermittelten Cashflows mithilfe einer einheitlichen Swapzinskurve des Volkswagen Konzerns zuzüglich eines Credit Spreads abgezinst. Die Validierung des Credit Spreads erfolgte indirekt über indikative Preise von verschiedenen Banken.

In der Position sind darüber hinaus die erworbenen Wertpapiere aus ABS-Transaktionen der Volkswagen Bank GmbH enthalten. Diese Wertpapiere in Höhe von T€ 11.199.700 (Vorjahr: T€ 11.199.700) verbriefen eigene Forderungen und werden nicht bewertet, da das Adressenausfallrisiko bereits im Rahmen der Forderungsbeurteilung berücksichtigt wird. Die Schuldverschreibungen werden während der Laufzeit der Transaktionen mit den Anschaffungskosten vermindert um erhaltene Rückzahlungen angesetzt.

Zum Aufbau von Sicherheiten für die Teilnahme an den Offenmarktgeschäften und zur zukünftigen Erfüllung von Vorgaben gemäß der Liquidity Coverage Ratio hat die Bank wiederholt festverzinsliche Wertpapiere mit guter Bonität in Höhe von insgesamt T€ 2.842.605 (Vorjahr: T€ 3.273.057) erworben. Die Wertpapiere sind der Liquiditätsreserve zugeordnet und werden nach den Vorschriften des strengen Niederstwertprinzips zu Marktpreisen bewertet.

Bei den insgesamt in der Bilanzposition ausgewiesenen Wertpapieren und Schuldverschreibungen handelt es sich um börsenfähige und börsennotierte Papiere in Höhe von T€ 14.704.406 (Vorjahr: T€ 15.418.973).

Zum Bilanzstichtag waren die im Bestand befindlichen Wertpapiere in Höhe von T€ 10.173.059 (Vorjahr: T€ 10.559.933) im Dispositionsdepot bei der Deutschen Bundesbank hinterlegt. Sie dienen als Sicherheit für Refinanzierungsgeschäfte. Offenmarktkredite bestanden zum Stichtag in Höhe von T€ 7.183.234 (Vorjahr: T€ 7.459.262).

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr nominal T€ 3.126.908 (Vorjahr: T€ 1.050.743) fällig.

In den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind von verbundenen Unternehmen emittierte Wertpapiere in Höhe von T€ 11.204.200 (Vorjahr: T€ 11.267.350) enthalten.

BETEILIGUNGEN UND ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Eine Übersicht der Beteiligungen und Informationen zu Anteilen an verbundenen Unternehmen finden sich im Anteilsbesitz. Die Anlage des Anteilsbesitzes ist unter der Adresse <http://www.vwfsag.de/anteilsbesitzbank2019> abrufbar.

Die von der Volkswagen Bank GmbH gehaltenen Anteile an Beteiligungen und verbundenen Unternehmen sind weder börsenfähig noch börsennotiert.

IMMATERIELLE ANLAGEWERTE

Die immateriellen Anlagewerte erhöhten sich um T€ 2.165 auf T€ 13.275 (Vorjahr: T€ 11.110).

SACHANLAGEN

Der Gesamtbetrag der im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzten Bauten und Grundstücke beläuft sich auf T€ 7.188 (Vorjahr: T€ 3.760). Der Anteil der Betriebs- und Geschäftsausstattung an den Sachanlagen beträgt T€ 3.488 (Vorjahr: T€ 3.724).

LEASINGVERMÖGEN

Der Posten umfasst vermietete Fahrzeuge im Rahmen des operativen Leasinggeschäfts der Filialen Frankreich und Italien in Höhe von T€ 1.644.148 (Vorjahr: T€ 1.407.756).

SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Der Posten beinhaltet Forderungen aus Zinssicherungsgeschäften in Höhe von T€ 38.480 (Vorjahr: T€ 23.151), Provisionsansprüche aus Versicherungsvermittlung in Höhe von T€ 0 (Vorjahr: T€ 295) und Steuerforderungen in Höhe von T€ 94.677 (Vorjahr: T€ 149.202), davon T€ 51.510 aus Steuerforderungen in der Bankfiliale Italien und T€ 39.834 aus Steuerforderungen in der Bankfiliale Frankreich. Des Weiteren sind im Wesentlichen Ansprüche gegenüber den ABS-Zweckgesellschaften aus noch nicht fälligen Rückflüssen gestellter Sicherheiten und Dienstleistungsentgelten in Höhe von T€ 58.782 (Vorjahr: T€ 40.829) ausgewiesen.

Aus Derivaten zur Absicherung von Währungsrisiken ergab sich ein Devisenausgleichsposten in den sonstigen Vermögensgegenständen in Höhe von T€ 0 (Vorjahr: T€ 153.641).

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Der Posten beinhaltet abgegrenzte Disagien in Höhe von T€ 11.796 (Vorjahr: T€ 10.899) und vorausgezählte Versicherungsprämien in Höhe von T€ 1 (Vorjahr: T€ 1) sowie im Voraus gezahlte Provisionen aufgrund von gestiegenem Neugeschäft in Höhe von T€ 14.261 (Vorjahr: T€ 9.145) in den Bankfilialen. In der Bankfiliale Italien gibt es eine Provisionsabgrenzung von T € 89.313 (Vorjahr: T € 0) aufgrund von neuen Verkaufsprovisionen.

VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN

Die Restlaufzeiten der insgesamt unverbrieften Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gliedern sich in:

- > täglich fällig T€ 52.575 (Vorjahr: T€ 1.245.092)
- > bis drei Monate T€ 856.326 (Vorjahr: T€ 1.105.716)
- > mehr als drei Monate und bis ein Jahr T€ 4.448.292 (Vorjahr: T€ 19.826)
- > mehr als ein Jahr und bis fünf Jahre T€ 2.015.377 (Vorjahr: T€ 6.403.186)
- > mehr als fünf Jahre T€ 91.692 (Vorjahr: T€ 98.481).

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Verbindlichkeiten gegenüber einem verbundenen Unternehmen in Höhe von T € 126 (Vorjahr: T€ 0) enthalten.

Zur Absicherung von Verbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Bundesbank in Höhe von T€ 7.163.778 (Vorjahr: T€ 8.263.778) wurden Wertpapiere in gleicher Höhe als Sicherheit hinterlegt.

VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN

Der Posten enthält unverbriefte Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von T€ 6.083.490 (Vorjahr: T€ 4.693.411).

Die Kundeneinlagen belaufen sich auf T€ 31.733.064 (Vorjahr: T€ 29.349.075). Seit 1. Januar 2019 erfolgt die Ermittlung der Kundeneinlagen ohne Bareinlagen der Konzerngesellschaften, Anpassung des Vorjahreswertes (Vorjahreswert: T € 32.388.895).

Weiterhin handelt es sich um noch zu verrechnende Verbindlichkeiten gegenüber Händlern, Kunden und sonstigen Gläubigern.

Die Restlaufzeiten der Unterposition „ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist“ betragen:

- > bis drei Monate T€ 9.650.959 (Vorjahr: T€ 8.051.735)
- > mehr als drei Monate und bis ein Jahr T€ 1.203.417 (Vorjahr: T€ 934.635)
- > mehr als ein Jahr und bis fünf Jahre T€ 1.600.215 (Vorjahr: T€ 978.162)
- > mehr als fünf Jahre T€ 897.048 (Vorjahr: T€ 658.472).

VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER GESELLSCHAFTERN

Verbindlichkeiten gegenüber unserer Alleingesellschafterin, der Volkswagen AG, Wolfsburg, bestanden zum Bilanzstichtag in Höhe von T€ 3.556.620 (Vorjahr: T€ 2.992.995).

VERBRIEFTE VERBINDLICHKEITEN

Die verbrieften Verbindlichkeiten setzen sich aus Schuldverschreibungen und Commercial Paper zusammen.

Unter „a) begebene Schuldverschreibungen“ werden ausgewiesen: Schuldverschreibungen: T€ 7.037.916 (Vorjahr: T€ 4.770.326).

Restlaufzeiten:

- > bis drei Monate T€ 37.916 (Vorjahr: T€ 770.326)
- > mehr als drei Monate und bis ein Jahr T€ 0 (Vorjahr: T€ 0)
- > mehr als ein Jahr und bis fünf Jahre T€ 5.650.000 (Vorjahr: T€ 2.700.000)
- > mehr als fünf Jahre T€ 1.350.000 (Vorjahr: T€ 1.300.000).

Unter „b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten“ werden ausgewiesen: Commercial Paper T€ 639.477 (Vorjahr: T€ 900.324).

Restlaufzeiten:

- > bis drei Monate T€ 127.805 (Vorjahr: T€ 662.853)
- > mehr als drei Monate und bis ein Jahr T€ 500.413 (Vorjahr: T€ 0)
- > mehr als ein Jahr und bis fünf Jahre T€ 11.259 (Vorjahr: T€ 237.471).

In den verbrieften Verbindlichkeiten sind keine Verbindlichkeiten gegenüber einem verbundenen Unternehmen oder einem Unternehmen, welches mit der Volkswagen Bank GmbH im Beteiligungsverhältnis steht, enthalten.

Von den begebenen Schuldverschreibungen werden T€ 0 im Folgejahr fällig.

SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN

Von den Verbindlichkeiten sind T€ 11.423.262 (Vorjahr: T€ 11.409.201) durch Sicherheiten gedeckt. Diese Verbindlichkeiten resultieren aus ABS-Transaktionen, bei denen die Volkswagen Bank GmbH nach dem Verkauf weiterhin das wirtschaftliche Eigentum an den veräußerten Forderungen behält.

Daneben werden in dieser Position noch abzuführende Kapitaldienstbeträge aus ABS-Transaktionen in Höhe von T€ 544.439 (Vorjahr: T€ 465.514), Verbindlichkeiten aus Zinssicherungsgeschäften in Höhe von T€ 12.327 (Vorjahr: T€ 12.526), Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt in Höhe von T€ 51.945 (Vorjahr: T€ 39.502) sowie Verbindlichkeiten aus abgegrenzten Zinsen für Nachranganleihen und für Genussrechtskapital in Höhe von T€ 597 (Vorjahr: T€ 597) ausgewiesen.

Aus Derivaten zur Absicherung von Währungsrisiken ergab sich ein Devisenausgleichsposten in den sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von T€ 22.507 (Vorjahr: T€ 0).

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Der Posten beinhaltet im Wesentlichen abgegrenzte Beträge der Hersteller- und Partnerbeteiligungen bei Verkaufsförderungsaktionen in Höhe von T€ 764.764 (Vorjahr: T€ 735.520), die über die Laufzeit der zugeordneten Verträge vereinnahmt werden.

RÜCKSTELLUNGEN FÜR PENSIONEN UND ÄHNLICHE VERPFLICHTUNGEN

Die Pensionsverpflichtungen werden jährlich von einem unabhängigen Versicherungsmathematiker nach dem Projected Unit Credit-Verfahren ermittelt.

Wesentliche angewandte versicherungsmathematische Rechnungsgrundlagen und Bewertungsannahmen der Volkswagen Bank GmbH sind:

	Deutschland	Ausland
Rechnungszinsfuß	2,71%	2,71%
Gehaltsentwicklung	3,70%	0,00 – 0,00%
Renten Anpassung	1,50%	0,00 – 2,80%
Fluktuationsrate	1,10%	0,00%

Für Deutschland wird der gemäß § 253 Abs. 2 HGB von der Deutschen Bundesbank für Dezember 2019 veröffentlichte Rechnungszins in Höhe von 2,71% (durchschnittlicher Marktzins der letzten zehn Jahre) verwendet.

Aus Wesentlichkeitserwägungen werden die angewandten versicherungsmathematischen Annahmen für das Ausland in Spannen angegeben.

Mit den Verbindlichkeiten aus Altersvorsorgeverpflichtungen und vergleichbaren Verpflichtungen wurden in Höhe eines Erfüllungsbetrags von T€ 45.075 der Pensionsfonds und von T€ 41.494 der Zeitwertfonds verrechnet. Die Anschaffungskosten für die Papiere des Pensionsfonds betragen T€ 46.081 und für die Papiere des Zeitwertfonds T€ 40.326. Der Zeitwert des Pensionsfonds belief sich über insgesamt T€ 45.075 und des Zeitwertfonds über T€ 41.494 zum Abschlussstichtag. Die Wertpapiere wurden zum Stichtagskurs bewertet.

Im Rahmen der Saldierung der Zeitwertverpflichtung und des Wertpapierfonds für die Wertpapiere wurden T€ 1.277 Erträge aus der Zeitbewertung des Fonds mit T€ 1.277 Zinsaufwand aus Rückstellungen verrechnet.

Der Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB beträgt im Geschäftsjahr in Deutschland für die nicht extern finanzierten Pensionsrückstellungen T€ 10.871 und für die Zusagen, die über den Volkswagen Pension Trust e.V. finanziert werden, T€ 11.815. Die Unterschiedsbeträge gemäß § 253 Abs. 6 HGB betragen für die Bankfiliale in Italien T€ 52 und für die Bankfiliale in Großbritannien T€ 889. In den Niederlanden wurden im Berichtsjahr die Altersvorsorgeverpflichtung sowie der Pensionsfonds an die NN Group N.V. übertragen. Zukünftige Verpflichtungen ergeben sich für die Volkswagen Bank GmbH nicht mehr. Aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrags wird der Betrag im Einklang mit dem BMF-Schreiben vom 23. Dezember 2016 „Änderung des § 253 HGB durch das Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften; Auswirkung auf die Anerkennung steuerlicher Organschaften“ an die Volkswagen AG abgeführt.

ANDERE RÜCKSTELLUNGEN

In den anderen Rückstellungen sind im Wesentlichen Kosten für Prozess- und Rechtsrisiken enthalten. Die Rückstellungen für Prozess- und Rechtsrisiken berücksichtigen die zum Bilanzstichtag identifizierten Risiken hinsichtlich Inanspruchnahmen und Rechtskosten, die sich aus der aktuellen Rechtsprechung sowie aus laufenden zivilrechtlichen Verfahren mit Händlern und anderen Kunden ergeben. Diese betreffen im Wesentlichen Verfahren bezüglich Gestaltungsaspekten von Kundenkreditverträgen, die sich ablaufhemmend auf die gesetzlichen Widerrufsfristen auswirken können, Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Händler-finanzierungsverträgen sowie Ansprüche im Rahmen der Vermittlung von Kundenfinanzierungen. Insgesamt wurden Rückstellungen für Prozess- und Rechtsrisiken in Höhe von T€ 244.249 (Vorjahr: T€ 338.380) gebildet.

SONDERPOSTEN MIT RÜCKLAGEANTEIL

Der Sonderposten mit Rücklageanteil wurde nach Maßgabe des § 3 ZonenRFG gebildet. Das Jahresergebnis wurde durch die Auflösung im Berichtsjahr in Höhe von T€ 1.128 (Vorjahr: T€ 43) positiv beeinflusst.

NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN

Der Gesamtbestand der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt T€ 30.000 (Vorjahr: T€ 30.000).

Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind in Höhe von T€ 26.983 (Vorjahr: T€ 28.465) Bestandteil der Eigenmittel gemäß den Bestimmungen der Capital Requirements Regulation (Art. 62 Buchstabe a CRR).

Der Gesamtbestand beinhaltet Nachrangdarlehen in Höhe von T€ 30.000 (Vorjahr: T€ 30.000), die am öffentlichen Kapitalmarkt platziert wurden.

Für die nachrangigen Verbindlichkeiten bestehen keine vorzeitigen Rückzahlungsverpflichtungen.

Eine Umwandlung in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vereinbart oder vorgesehen. Zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken wurden derivative Geschäfte getätigt. Die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Aufnahme von nachrangigen Darlehen und Anleihen betragen T€ 1.630 (Vorjahr: T€ 1.630).

Es bestehen keine nachrangigen Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: T€ 0).

NACHRANGANLEIHEN

STAND:	31.12.2019		BÖRSENNOTIERT		
	Mio. €	Zinssatz	gültig bis	Zinssatzneueinbarung in Anlehnung an	Fälligkeit
Laufzeitbeginn					
26.09.2003	20,0	5,40000%	26.09.2023	Fixzinssatz	26.09.2023
07.06.2004	10,0	5,50000%	07.06.2024	Fixzinssatz	07.06.2024

Beide Nachranganleihen übersteigen 10% des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten. Im Fall der Auflösung, der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin gehen die Verbindlichkeiten aus diesen Anleihen den Ansprüchen dritter Gläubiger der Emittentin aus nicht nachrangigen Verbindlichkeiten im Range nach, sodass Zahlungen auf diese Anleihen so lange nicht erfolgen, wie die Ansprüche dieser dritten Gläubiger der Emittentin aus nicht nachrangigen Verbindlichkeiten nicht vollständig befriedigt sind. Nachträglich kann der Nachrang nicht beschränkt sowie die Laufzeit dieser Anleihen nicht verkürzt werden. Eine vorzeitige Rückzahlung der Anleihen ist frühestens fünf Jahre nach Begebung möglich und setzt die Kündigung der jeweiligen Anleihe durch die Emittentin voraus. Dabei ist die Kündigung nur zulässig, wenn entweder der Rückzahlungsbetrag durch Einzahlung anderen, zumindest gleichwertigen haftenden Eigenkapitals im Sinne des Kreditwesengesetzes und der Capital Requirements Regulation (CRR) ersetzt worden ist oder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und die Europäische Bankenaufsicht der vorzeitigen Rückzahlung zugestimmt haben. Darüber hinaus ist eine vorzeitige Kündigung und Rückzahlung aufgrund von Änderungen der Steuer- und Abgabengesetze und -vorschriften der Bundesrepublik Deutschland oder als Folge einer Änderung der offiziellen Auslegung dieser Gesetze und Vorschriften durch die Emittentin möglich.

EIGENKAPITAL

Die Kapitalrücklage der Volkswagen Bank GmbH blieb unverändert zum 31. Dezember 2019 bei 8,5 Mrd. € (Vorjahr: 8,5 Mrd. €).

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS DER VOLKSWAGEN BANK GMBH, BRAUNSCHWEIG,
IN DER ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2019

T €	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	entgeltliche erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte	Anzahlungen auf immaterielle Anlagewerte	Geschäfts- oder Firmenwert	Grundstücke, grundstücks- gleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	Leasings- vermögen
Anschaftungs-/Her- stellungskosten zum 31.12.2018	88.000	547.287	71.620	25	144.482	24.423	18.841	1.363	2.154.0
Zugänge 2019	6.051	59.718	8.835	149	0	11.199	9.010	257	1.149.3
Abgänge 2019	0	481.099	66	26	0	787	3.258	113	811.9
Umbuchungen 2019	0	0	0	0	0	0	0	0	
Umrechnung Fremdwährung	0	0	229	0	0	0	0	0	
Anschaftungs- /Herstellungskosten zum 31.12.2019	94.051	125.906	80.618	148	144.482	34.835	24.593	1.507	2.491.4
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2018	148	305	60.536	0	144.482	19.780	15.118	0	746.2
Zugänge 2019	10	0	6.792	0	0	7.504	8.167	0	505.0
Zuschreibungen 2019	0	0	0	0	0	0	0	0	
Abgänge 2019	0	305	66	0	0	623	2.179	0	403.9
Umbuchungen 2019	0	0	0	0	0	0	0	0	
Umrechnung Fremdwährung	0	0	229	0	0	0	0	0	
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2019	158	0	67.491	0	144.482	26.661	21.106	0	847.3
Buchwert zum 31.12.2019	93.893	125.906	13.127	148	0	8.174	3.488	1.507	1.644.1
Buchwert zum 31.12.2018	87.852	546.982	11.085	25	0	4.643	3.724	1.363	1.407.7

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

ZINSERTRÄGE AUS KREDIT- UND GELDMARKTGESCHÄFTEN

Der Anteil der Zinserträge, die in den ausländischen Filialen erwirtschaftet wurden, beträgt 53,1% (Vorjahr: 50,1%). Der größte Anteil hiervon entfällt auf die Filialen in Italien und Frankreich.

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind Erträge aus Finanzierungsleasing in Höhe von T€ 197.216 (Vorjahr: T€ 212.048) enthalten.

ZINSANOMALIEN

Die negativen Zinsen aus Geldmarktgeschäften resultieren aus den über das Mindestreservesoll des Instituts hinausgehenden Reserveguthaben bei der EZB sowie aus der kurzfristigen Geldanlage bei inländischen Kreditinstituten. Die positiven Zinsen aus dem Bankgeschäft resultieren aus weiterberechneten negativen Zinsen von Einlagen verbundener Unternehmen und der kurzfristigen Stellung von Sicherheiten durch Kreditinstitute für Derivate.

LEASINGERTRÄGE

Die Erträge aus Leasinggeschäften umfassen die Erträge aus operativem Leasing und werden im Wesentlichen in der Bankfiliale Frankreich erwirtschaftet. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf T€ 997.608 (Vorjahr: T€ 837.646).

LEASINGAUFWENDUNGEN

Die Aufwendungen aus Leasinggeschäften betragen T€ 466.498 (Vorjahr: T€ 396.011).

PROVISIONSERGEBNIS

Der Anteil der Provisionserträge, die in den ausländischen Filialen erwirtschaftet wurden, beträgt 52,6% (Vorjahr: 46,2%). Der größte Anteil hiervon entfällt auf die Filialen in Italien und Frankreich.

Die Provisionserträge resultieren im Wesentlichen aus der Vermittlung von Versicherungen, insbesondere von Restschuldversicherungen, aus der Verwaltung und dem Inkasso von im Rahmen von ABS-Transaktionen verkauften Forderungen sowie aus sonstigen Gebühren aus dem Privatkundengeschäft.

Sie beinhalten periodenfremde Erträge in Höhe von T€ 1.519 (Vorjahr: T€ 1.193), die im Wesentlichen aus Sondervergütungen für Restschuldversicherungen, aus dem Kartenzahlungssystem sowie aus dem Kreditkartengeschäft resultieren.

Die Provisionsaufwendungen ergeben sich im Wesentlichen aus Händlerprovisionen im Verbraucherkreditgeschäft.

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von T€ 228.642 (Vorjahr: T€ 248.195) werden im Wesentlichen Kostenerstattungen von Konzerngesellschaften in Höhe von T€ 28.527 (Vorjahr: T€ 20.712) ausgewiesen. Der Rückgang ist darin begründet, dass im Zuge der Neuausrichtung der Gesellschaftsstruktur die Möglichkeiten zur Weiterbelastung von Gemeinkosten an verbundene Unternehmen teilweise entfallen sind.

Der Anteil der sonstigen betrieblichen Erträge, die in den ausländischen Filialen erwirtschaftet wurden, beträgt 18,9% (Vorjahr: 25,4%). Der größte Anteil hiervon entfällt auf die Filialen in Frankreich und Italien.

Der Posten beinhaltet T€ 91.266 (Vorjahr: T€ 77.817) periodenfremde Erträge, davon T€ 78.993 (Vorjahr: T€ 70.002) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen. In den sonstigen Erträgen sind Effekte aus der Abzinsung von Rückstellungen in Höhe von T€ 352 (Vorjahr: T€ 0) enthalten.

Darüber hinaus sind in diesem Posten Erträge aus der vorzeitigen Beendigung von ABS-Transaktionen in Höhe von T€ 11.096 (Vorjahr: T€ 65.870) und Erträge aus der Währungsumrechnung in Höhe von T€ 34.713 (Vorjahr: T€ 17.872) enthalten.

ALLGEMEINE VERWALTUNGSaufWENDUNGEN

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen belaufen sich auf T€ 795.384 (Vorjahr: T€ 752.417). Wesentlicher Bestandteil waren neben den Personalaufwendungen mit T€ 215.281 (Vorjahr: T€ 209.030) weiterberechnete Kosten von Konzernunternehmen in Höhe von T€ 270.681 (Vorjahr: T€ 265.640). Diese entfallen im Wesentlichen auf Personalstellungen. Das Honorar für den Abschlussprüfer entfiel im laufenden Geschäftsjahr hin-

sichtlich Abschlussprüfungsleistungen überwiegend auf die Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses der Volkswagen Bank GmbH sowie auf unterjährige Reviews von Zwischenabschlüssen. Andere Bestätigungsleistungen bezogen sich im Wesentlichen auf sonstige Prüfungsleistungen wie z. B. die Prüfung des Depot- und Wertpapierdienstleistungsgeschäfts nach § 89 WpHG. Die Steuerberatungsleistungen betreffen die Würdigung einer Betroffenheitsanalyse in Zusammenhang mit der Abgeltungssteuer. Die Sonstigen Leistungen des Abschlussprüfers konzentrierten sich im Berichtsjahr auf Dienstleistungen zu den Themen bankenaufsichtsrechtliche Beratung, unternehmensberatende Prozessoptimierung sowie IT-Dienstleistung. Zu den weiter führenden Angaben des von dem Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechneten Gesamthonorars verweisen wir auf den Konzernanhang der Volkswagen Bank GmbH.

ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF IMMATERIELLE ANLAGEWERTE, SACHANLAGEN UND LEASINGVERMÖGEN

In dieser Position werden als separater Unterposten die Abschreibungen auf Leasingvermögen in Höhe von T€ 504.928 (Vorjahr: T€ 437.852) ausgewiesen.

Mit den Abschreibungen auf Leasingvermögen wird die Wertminderung der Leasingfahrzeuge im Wesentlichen in der Filiale Frankreich erfasst. Dabei wird eine lineare Abschreibungsmethode angewandt.

ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF FORDERUNGEN UND BESTIMMTE WERTPAPIERE SOWIE ZUFÜHRUNGEN ZU RÜCKSTELLUNGEN IM KREDITGESCHÄFT

Die Abschreibungen auf Wertberichtigungen sind um 62,5 Mio. € auf 422,5 Mio. € gestiegen. Mit 216,8 Mio. € wurden im Vergleich zum Vorjahr (254,1 Mio. €) weniger Erträge aus der Auflösung nicht mehr benötigter Wertberichtigungen, beziehungsweise aus dem Eingang auf abgeschriebene Forderungen erzielt. Dementsprechend war das Ergebnis aus Risikovorsorge negativ und betrug im Berichtsjahr 205,7 Mio. € (Vorjahr: 106,0 Mio. €).

ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF BETEILIGUNGEN, ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND WIE ANLAGEVERMÖGEN BEHANDELTE WERTPAPIERE

Im Geschäftsjahr 2019 wurden Abschreibungen in Höhe von T€ 10 auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen vorgenommen.

SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

Der Posten resultiert im Wesentlichen aus einer Vielzahl von Einzelposten. In diesen sind mit T€ 8.642 (Vorjahr: T€ 4.673) periodenfremde Aufwendungen enthalten, davon betreffen T€ 4.405 (Vorjahr: T€ 3.094) die Filiale Italien und T€ 3.166 (Vorjahr: T€ 1.449) die Filiale Frankreich. Der Anstieg der periodenfremden Aufwendungen in Frankreich resultiert im Wesentlichen aus der veränderten Darstellung der Verbindlichkeiten für ausstehende Belastungen aus Serviceverträgen. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Aufwendungen aus der Währungsumrechnung in Höhe von T€ 20.151 (Vorjahr: T€ 24.880) enthalten. Für erkennbare Prozessrisiken wurden Aufwendungen in Höhe von T€ 402 (T€ 196.944) berücksichtigt. Die Effekte aus der Abzinsung von Rückstellungen in Höhe von T€ 17.646 (Vorjahr: T€ 16.515) sind ebenfalls in dem Posten enthalten.

STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG

Der Posten beinhaltet inländische und ausländische Ertragsteuern. Die inländischen Ertragsteuern für das laufende Jahr in Höhe von T€ 22.606 (Vorjahr: T€ 34.214) wurden der Volkswagen Bank GmbH im Rahmen der bestehenden steuerlichen Organschaft von der Volkswagen AG als Organträgerin weiterbelastet.

Der Posten Steuern vom Einkommen und Ertrag beinhaltet aperiodische Aufwendungen in Höhe von T€ 696 (Vorjahr: T€ 474) sowie aperiodische Erträge aus Steuererstattungen für Vorjahre in Höhe von T€ 4.638 (Vorjahr: T€ 4.553).

Die latenten Steuern der selbstständig steuerpflichtigen Filialen werden eigenständig in separater Rechnung mit den jeweiligen landesspezifischen Steuersätzen von 12,5% bis 33,52% unter Beachtung des lokalen Steuerbilanzrechts ermittelt. Die größtenteils aus dem Vermietvermögen stammenden passiven latenten Steuern der Filiale Frankreich werden dabei mit aktiven latenten Steuern der anderen Filialen aus dem Bereich der Wertberichtigungen sowie Pensionsrückstellungen saldiert. Ein sich insgesamt ergebender Aktivüberhang in Höhe von T€ 40.561 (Vorjahr: T€ 29.356) wird gemäß dem Wahlrecht nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert.

In Deutschland erfolgt die Ermittlung der latenten Steuern über den Steuersatz von 29,9%. Insgesamt ergibt sich ein Überhang aktiver latenter Steuern in Höhe von T€ 193.124 (Vorjahr: T€ 210.588), die aufgrund der steuerlichen Organschaft zur Volkswagen AG dieser zuzurechnen sind.

V. Sonstige Erläuterungen

NACHTRAGSBERICHT

Es ergaben sich bis zum 19. Februar 2020 keine Ereignisse von besonderer Bedeutung, die eine deutlich andere Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erfordert hätten.

KONZERN-RECHNUNGSLEGUNG

Der Jahresabschluss der Volkswagen Bank GmbH, Braunschweig, wird in den nach den International Financial Reporting Standards erstellten Konzernabschluss der Volkswagen Bank GmbH, Braunschweig, einbezogen. Der Konzernabschluss der Volkswagen Bank GmbH wird in den Konzernabschluss der Volkswagen AG, Wolfsburg (kleinster und größter Konsolidierungskreis i. S. d. § 285 Nr. 14 und Nr. 14a HGB), einbezogen. Sowohl der Jahresabschluss der Volkswagen Bank GmbH als auch die Konzernabschlüsse der Volkswagen Bank GmbH und der Volkswagen AG werden im Bundesanzeiger veröffentlicht.

EVENTUALVERBINDLICHKEITEN UND ANDERE VERPFLICHTUNGEN

Bei den unwiderruflichen Kreditzusagen handelt es sich um Zusagen aus dem allgemeinen Bank- und Leasinggeschäft. Die Inanspruchnahme ist jederzeit möglich. Bei Inanspruchnahme unterliegen diese Kredite den allgemeinen Regelungen der Kreditüberwachung.

Bei den Eventualverbindlichkeiten in Höhe von T€ 233.062 (Vorjahr: T€ 183.232) handelt es sich ausschließlich um Bürgschaften. Die Bürgschaften sind in Höhe von T€ 92.341 (Vorjahr: T€ 107.654) durch Einlagen besichert, sodass der Volkswagen Bank GmbH bei Inanspruchnahme insoweit kein Verlustrisiko erwächst. Die übrigen Bürgschaften betreffen im Wesentlichen die Risikoabsicherung von Verbindlichkeiten der inländischen Händlerfinanzierung. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme von nicht rückgesicherten Bürgschaften als gering eingestuft.

AUSSERBILANZIELLES GESCHÄFT UND SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Derivative Finanzinstrumente

Zur Begrenzung von Zins- und Währungsrisiken wurden derivative Geschäfte getätigt. Es handelt sich dabei um Zinsswaps, Währungsswaps sowie kombinierte Zinsswaps und Devisentermingeschäfte, die ausschließlich Sicherungszwecken dienen. Die Marktwerte der Zinsswaps, Währungsswaps und Devisentermingeschäfte wurden – basierend auf den Markt-Swapsätzen – mithilfe von geeigneten IT-gestützten Bewertungsmethoden (Discounted Cash-flow-Methode) ermittelt und variieren in Abhängigkeit der Zins- oder Währungskursentwicklung. Ein Ausweis der Marktwerte in der Bilanz erfolgt nicht. Bei den Zinsswaps werden die Zinsen laufzeitgerecht abgegrenzt.

Gemäß § 285 Nr. 19 HGB gliedern sich die derivativen Finanzinstrumente wie folgt:

Mio. €	NOMINALWERT		MARKTWERTE ¹ POSITIV		MARKTWERTE ¹ NEGATIV	
	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019
Zinsrisiken						
Zinsswaps	9.855,5	11.779,2	63,3	150,1	4,2	2,4
Währungsrisiken						
Devisentermingeschäfte	1.983,7	1.165,9	8,3	1,8	6,6	16,6
Währungsswaps	2.820,1	2.066,9	112,2	33,7	6,2	46,9
Zins-Währungsrisiken						
Zinswährungsswap	726,0	830,5	51,0	8,1	1,2	2,7
Derivative Geschäfte gesamt	15.385,3	15.842,5	234,8	193,7	18,2	68,6

1 Für alle Kontrakte werden die Marktwerte einschließlich Stückzinsen gezeigt.

Hinsichtlich der Fristengliederung ergibt sich für die Derivate folgendes Bild:

Mio. €	ZINSRISIKEN		WÄHRUNGS- RISIKEN		ZINS- WÄHRUNGS- RISIKEN	
	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019
Restlaufzeiten						
<= 3 Monate	953,8	868,4	2.604,1	509,8	129,7	0,0
<= 1 Jahr	634,5	3.589,4	1.683,1	1.376,7	323,0	720,5
<= 5 Jahre	6.967,2	5.971,4	516,6	180,4	273,3	110,0
> 5 Jahre	1.300,0	1.350,0	0,0	0,0	0,0	0,0

SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen belaufen sich auf T€ 15.035 (Vorjahr: T€ 7.275).

FREMDWÄHRUNGEN

Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände in Fremdwährung beläuft sich am Bilanzstichtag auf umgerechnet T€ 5.024.832 (Vorjahr: T€ 7.015.426), Schulden in Fremdwährung bestehen in Höhe von T€ 727.649 (Vorjahr: T€ 834.467).

Das Volumen der noch nicht abgewickelten fremdwährungsbezogenen Devisenkassageschäfte beträgt zum Abschlussstichtag T€ 128.957 (Vorjahr: T€ 20.956), das der Devisentermingeschäfte T€ 1.165.867 (Vorjahr: T€ 1.983.695). Das Nominalvolumen der Währungsswaps beläuft sich auf T€ 2.066.902 (Vorjahr: T€ 2.820.075) und das der Zinswährungsswaps auf T€ 830.488 (Vorjahr: T€ 726.041).

ORGANANGABEN

Im Geschäftsjahr 2019 erhielten die Mitglieder der Geschäftsführung ihre Bezüge von der Volkswagen Bank GmbH. Die Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung beliefen sich auf T€ 2.122.

Den Mitgliedern des Aufsichtsrats, die nicht Mitarbeiter des Volkswagen Konzerns sind, steht gemäß einem Beschluss der Gesellschafterversammlung grundsätzlich eine jährliche Vergütung zu. Diese Vergütung ist unabhängig von dem Erfolg der Gesellschaft sowie der ausgeübten Funktion im Aufsichtsrat. Die Mitglieder des Aufsichtsrats, die Mitarbeiter des Volkswagen Konzerns sind, erhalten eine pauschale Vergütung von der Volkswagen Bank GmbH. Soweit sie auch Mitglieder in weiteren Aufsichtsräten von Konzerngesellschaften der Volkswagen AG sind, werden die für diese Funktionen bezogenen Vergütungen auf den Anspruch angerechnet. Für das Geschäftsjahr 2019 wird daher ein Gesamtbetrag von weniger als 0,07 Mio.€ an die Mitglieder des Aufsichtsrats ausbezahlt.

Den bei der Volkswagen Bank GmbH angestellten Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat steht weiterhin ein reguläres Gehalt im Rahmen ihres Arbeitsvertrags zu. Dieses orientiert sich an den Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes und entspricht einer angemessenen Vergütung für die entsprechende Funktion beziehungsweise Tätigkeit im Unternehmen. Dies gilt entsprechend für den Vertreter der Leitenden Angestellten im Aufsichtsrat.

Die Geschäftsführung setzt sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

DR. MICHAEL REINHART

Sprecher der Geschäftsführung
Unternehmenssteuerung Volkswagen Bank GmbH

HARALD HEßKE

Finanzen Volkswagen Bank GmbH

CHRISTIAN LÖBKE

Risikomanagement Volkswagen Bank GmbH

DR. VOLKER STADLER

Operations Volkswagen Bank GmbH

Der Aufsichtsrat setzt sich zum Stichtag 31.12.2019 wie folgt zusammen:

DR. JÖRG BOCHE

Vorsitzender
Generalbevollmächtigter der Volkswagen AG
Leiter Konzern Treasury

DR. INGRUN-ULLA BARTÖLKE

Stellvertretende Vorsitzende
Leiterin Konzernrechnungswesen und externe Berichterstattung der Volkswagen AG

WALDEMAR DROSDZIOK (BIS 31.03.2019)

Stellvertretender Vorsitzender
Vorsitzender des Gemeinsamen Betriebsrats der Volkswagen Financial Services AG,
der Volkswagen Bank GmbH und der Euromobil Autovermietung GmbH

SILVIA STELZNER (SEIT 01.04.2019)

Stellvertretende Vorsitzende
Mitglied des Gemeinsamen Betriebsrats der Volkswagen Financial Services AG,
der Volkswagen Bank GmbH und der Euromobil Autovermietung GmbH

MARKUS BIEBER

Geschäftsführer des Gesamtbetriebsrats der Volkswagen AG

BIRGIT DIETZE

Erste Bevollmächtigte der IG Metall Berlin

FRANK FIEDLER

Mitglied des Vorstands der Volkswagen Financial Services AG
Finanzen und Beschaffung

PROF. DR. SUSANNE HOMÖLLE

Lehrstuhl für ABWL: Bank- und Finanzwirtschaft, Universität Rostock

THOMAS KÄHMS

Mitglied des Gemeinsamen Betriebsrats der Volkswagen Financial Services AG,
der Volkswagen Bank GmbH und der Euromobil Autovermietung GmbH

LUTZ MESCHKE

Stellvertretender Vorstandsvorsitzender und Mitglied des Vorstands
der Dr. Ing. h.c. F. Porsche AG
Finanzen und IT

DR. HANS-JOACHIM NEUMANN

Leiter Marktfolge der Volkswagen Bank GmbH

JÜRGEN ROSEMANN (SEIT 01.04.2019)

Mitglied des Gemeinsamen Betriebsrats der Volkswagen Financial Services AG,
der Volkswagen Bank GmbH und der Euromobil Autovermietung GmbH

LARS HENNER SANTELMANN

Vorsitzender des Vorstands der Volkswagen Financial Services AG

Die folgenden Ausschüsse des Aufsichtsrats der Volkswagen Bank GmbH setzen sich zum Stichtag 31.12.2019 wie folgt zusammen:

MITGLIEDER DES PRÜFUNGS-AUSSCHUSSES

Dr. Ingrun-Ulla Bartölke (Vorsitz)
Prof. Dr. Susanne Homölle (stv. Vorsitz)
Frank Fiedler
Dr. Hans-Joachim Neumann

MITGLIEDER DES RISIKO-AUSSCHUSSES

Prof. Dr. Susanne Homölle (Vorsitz)
Dr. Jörg Boche (stv. Vorsitz)
Frank Fiedler
Silvia Stelzner

MITGLIEDER DES NOMINIERUNGS-AUSSCHUSSES

Dr. Ingrun-Ulla Bartölke (Vorsitz)
Waldemar Drosdziok (stv. Vorsitz) (bis 31.03.2019)
Thomas Kähms (stv. Vorsitz) (seit 01.04.2019)
Lars Henner Santelmann

MITGLIEDER DES VERGÜTUNGSKONTROLLAUSSCHUSSES

Dr. Jörg Boche (Vorsitz)
 Dr. Ingrun-Ulla Bartölke (stv. Vorsitz)
 Waldemar Drosdziok (bis 31.03.2019)
 Thomas Kähms (seit 01.04.2019)
 Lars Henner Santelmann

Für frühere Mitglieder der Geschäftsführung oder deren Hinterbliebene sind für Pensions- und ähnliche Verpflichtungen T€ 8.030 (Vorjahr: T€ 7.973) zurückgestellt. Die Zahlungen an diesen Personenkreis beliefen sich im Geschäftsjahr 2019 auf T€ 335 (Vorjahr: T€ 321).

In den Aktiva sind Forderungen in Höhe von T€ 39 (Vorjahr: T€ 45) aus unter § 15 Abs. 1 Nr. 1 und 3 des Kreditwesengesetzes fallenden Krediten enthalten. Davon bestehen Forderungen in Höhe von T€ 36 (Vorjahr: T€ 43) gegenüber den Mitgliedern des Aufsichtsrats sowie in Höhe von T€ 3 (Vorjahr: T€ 2) gegenüber den Mitgliedern der Geschäftsführung.

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer:

	2019	2018
Gehaltsempfänger	1.899	2.017
davon oberer Managementkreis	39	45
davon Teilzeitkräfte	420	436
Auszubildende	25	21

ZWEIGNIEDERLASSUNGEN/ZWEIGSTELLEN/FILIALEN

Zweigniederlassungen

Audi Bank, Braunschweig

SEAT Bank, Braunschweig

ŠKODA Bank, Braunschweig

AutoEuropa Bank, Braunschweig

ADAC FinanzService, Braunschweig

Ducati Bank, Braunschweig

Zweigstellen

Volkswagen Bank, Braunschweig

Volkswagen Bank, Emden

Volkswagen Bank, Hannover

Volkswagen Bank, Kassel

Volkswagen Bank, Salzgitter

Volkswagen Bank, Wolfsburg

Audi Bank, Ingolstadt

Audi Bank, Neckarsulm

Filialen

Volkswagen Bank GmbH, St. Denis-Paris, Frankreich

Volkswagen Bank GmbH, Glyfada-Athen, Griechenland

Volkswagen Bank GmbH, Milton Keynes, Großbritannien

Volkswagen Bank GmbH, Dublin, Irland

Volkswagen Bank GmbH, Mailand, Italien

Volkswagen Bank GmbH, Verona, Italien

Volkswagen Bank GmbH, Amersfoort, Niederlande

Volkswagen Bank GmbH, Warschau, Polen

Volkswagen Bank GmbH, Lissabon, Portugal

Volkswagen Bank GmbH, Alcobendas-Madrid, Spanien

Mandate in Aufsichtsgremien – Angaben nach § 340a Abs. 4 HGB

DR. MICHAEL REINHART

- > Volkswagen Finančné služby Slovensko s.r.o., Bratislava, Slowakei
- > Vorsitzender des Aufsichtsrats
- > DFM N.V., Amersfoort, Niederlande
- > Vorsitzender des Supervisory Board/Vorsitzender des Aufsichtsrats
- > BASKETBALL LÖWEN Braunschweig GmbH, Braunschweig, Deutschland
- > Mitglied des Aufsichtsrats

HARALD HEBKE

- > Volkswagen Finančné služby Slovensko s.r.o., Bratislava, Slowakei
- > Mitglied des Supervisory Board/Mitglied des Aufsichtsrats

Erklärung der Geschäftsführung

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Volkswagen Bank GmbH vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Volkswagen Bank GmbH so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Volkswagen Bank GmbH beschrieben sind.

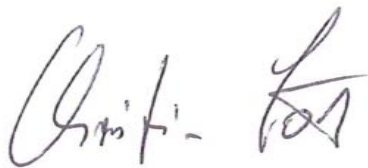
Braunschweig, den 19. Februar 2020
Die Geschäftsführung



Dr. Michael Reinhart



Harald Heßke



Christian Løbke



Dr. Volker Stadler

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Volkswagen Bank GmbH, Braunschweig

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben den Jahresabschluss der Volkswagen Bank GmbH, Braunschweig, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Volkswagen Bank GmbH, der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst ist, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- > entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und
- > vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleis-

tungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

BESONDERS WICHTIGE PRÜFUNGSACHVERHALTE IN DER PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

- ① Risikovorsorge in der Händlerfinanzierung
- ② Rückstellungen für Rechtsrisiken

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- ① Sachverhalt und Problemstellung
- ② Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- ③ Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

① Risikovorsorge in der Händlerfinanzierung

① Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden unter dem Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ unter anderem Forderungen aus der Händlerfinanzierung ausgewiesen. Für dieses Kreditportfolio besteht zum 31. Dezember 2019 eine bilanzielle Risikovorsorge bestehend aus Einzel- und Pauschalwertberichtigungen. Die Bemessung der Risikovorsorge in der Händlerfinanzierung wird insbesondere durch die Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter hinsichtlich zukünftiger Kreditausfälle, die Struktur und Qualität der Kreditportfolien sowie gesamtwirtschaftliche Einflussfaktoren bestimmt. Die Höhe der Einzelwertberichtigung auf Forderungen in der Händlerfinanzierung entspricht der Differenz zwischen den noch ausstehenden Kreditbeträgen und den niedrigeren Werten, die ihnen am Abschlussstichtag beizulegen sind. Bestehende Sicherheiten werden berücksichtigt. Für latente Kreditausfallrisiken wird eine Pauschalwertberichtigung gebildet, die auf Basis der tatsächlichen Forderungsausfälle der Vergangenheit ermittelt wird. Die bilanzielle Risikovorsorge in der Händlerfinanzierung ist zum einen betragsmäßig für die Ertragslage der Gesellschaft von hoher Bedeutung und zum anderen mit hohen Ermessensspielräumen der gesetzlichen Vertreter verbunden. Darüber hinaus haben die angewandten, mit wesentlichen Unsicherheiten behafteten Bewertungsparameter einen bedeutsamen Einfluss auf die Bildung bzw. die Höhe gegebenenfalls erforderlicher Wertberichtigungen. Vor diesem Hintergrund war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

② Im Rahmen unserer Prüfung haben wir zunächst die Angemessenheit der Ausgestaltung der Kontrollen im relevanten internen Kontrollsystem der Gesellschaft beurteilt und die Funktionsfähigkeit der Kontrollen getestet. Dabei haben wir die Geschäftsorganisation, die IT-Systeme und die relevanten Bewertungsmodelle berücksichtigt. Darüber hinaus haben wir die Bewertung der Forderungen in der Händlerfinanzierung, einschließlich der Angemessenheit geschätzter Werte, auf der Basis von Stichproben von Kreditengagements beurteilt. Dabei haben wir unter anderem die vorliegenden Unterlagen der Gesellschaft bezüglich der wirtschaftlichen Verhältnisse sowie der Werthaltigkeit der Sicherheiten gewürdigt. Bei Objektsicherheiten, für die uns die Gesellschaft Wertgutachten vorgelegt hat, haben wir uns ein Verständnis über die zugrunde liegenden Ausgangsdaten, die angewandten Bewertungsparameter und getroffenen Annahmen verschafft, diese kritisch gewürdigt und beurteilt, ob sie innerhalb einer vertretbaren Bandbreite liegen. Ferner haben wir zur Beurteilung der vorgenommenen Einzel- und Pauschalwertberichtigungen die von der Gesellschaft angewandten Berechnungsmethoden sowie die zugrundeliegenden Annahmen und Parameter gewürdigt. Auf Basis der von uns durchgeführten Prüfungshandlungen konnten wir uns insgesamt von der Angemessenheit der bei der Überprüfung der Werthaltigkeit der Forderungen in der Händlerfinanzierung von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen sowie der Angemessenheit und Wirksamkeit der implementierten Prozesse der Gesellschaft überzeugen.

③ Die Angaben der Gesellschaft zur Risikovorsorge in der Händlerfinanzierung sind im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze“ des Anhangs und im Abschnitt „Volkswagen Bank GmbH“ des Lageberichts enthalten.

② Rückstellungen für Rechtsrisiken

① Die Gesellschaft ist verschiedenen Rechtsrisiken ausgesetzt, diese betreffen im Berichtsjahr insbesondere mögliche Ansprüche im Rahmen der Vermittlung von Kundenfinanzierungen und Verfahren bezüglich Gestaltungsaspekten von Kundenkreditverträgen, die sich ablaufhemmend auf die gesetzlichen Widerrufsfristen auswirken können. Zum Bilanzstichtag hat die Gesellschaft Prozess- und Rechtsrisikorückstellungen in Höhe von € 244,2 Mio gebildet. Die Einschätzung, ob und ggf. in welcher Höhe Rückstellungen für diese Risiken der Gesellschaft erforderlich sind, ist in hohem Maße durch Unsicherheiten geprägt. Vor diesem Hintergrund waren diese Sachverhalte aus unserer Sicht von besonderer Bedeutung für unsere Prüfung.

② Im Rahmen unserer Prüfung haben wir ausgehend von dem bei der Gesellschaft eingerichteten Prozess, der die Erfassung sowie die bilanzielle Darstellung eines Rechtsstreits regelt, die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommene Risikoeinschätzung nachvollzogen. In diesem Zusammenhang haben wir uns auch mit den wesentlichen Rechtsrisiken inhaltlich auseinandergesetzt und die diesbezüglichen Risikoeinschätzungen beurteilt. Zum Bilanzstichtag haben wir darüber hinaus externe Rechtsanwaltsbestätigungen eingeholt, die die von den gesetzlichen Vertretern getroffene Risikoeinschätzung zu den im vorherigen Abschnitt benannten Rückstellungen stützen. Darüber hinaus führten wir regelmäßig Gespräche mit der internen Rechtsabteilung der Gesellschaft, um uns die aktuellen Entwicklungen und Gründe, die zu den entsprechenden Einschätzungen geführt haben, erläutern zu lassen. Unsere Beurteilung berücksichtigt die im Rahmen dieser Gespräche erlangten Erkenntnisse sowie die aktuelle Entwicklung der wesentlichen Rechtsstreitigkeiten. Ferner haben wir die von der Gesellschaft vorgelegten Berechnungen zur Höhe der Rückstellungen rechnerisch nachvollzogen. Die von den gesetzlichen Vertretern angewandten Annahmen konnten wir nachvollziehen und halten die von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Einschätzungen für geeignet, um als Grundlage für den Ansatz und die Bewertung dieser Rückstellungen zu dienen.

③ Die Angaben der Gesellschaft zu den Rückstellungen und Verpflichtungen sind im Abschnitt „Erläuterungen zur Bilanz“ - „Andere Rückstellungen“ des Anhangs und im Abschnitt „Volkswagen Bank GmbH“ des Lageberichts enthalten.

SONSTIGE INFORMATIONEN

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote).

Die sonstigen Informationen umfassen zudem die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- > wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- > anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES AUFSICHTSRATS FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS UND DEN LAGEBERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- > identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeits, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- > gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungs-

handlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- > beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- > ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- > beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- > beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- > führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

ÜBRIGE ANGABEN GEMÄß ARTIKEL 10 EU-APRVO

Wir wurden von der Gesellschafterversammlung am 18. März 2019 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 23. Mai 2019 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1949 als Abschlussprüfer der Volkswagen Bank GmbH, Braunschweig, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Burkhard Eckes.

Hannover, den 19. Februar 2020

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Burkhard Eckes
Wirtschaftsprüfer

ppa. Mirko Braun
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

der Volkswagen Bank GmbH

Der Aufsichtsrat befasste sich im Berichtszeitraum regelmäßig und eingehend mit der Lage und der Entwicklung der Gesellschaft. Die Geschäftsführung hat den Aufsichtsrat stets zeitnah und umfassend in schriftlicher und mündlicher Form über die wesentlichen Aspekte der Planung, über die Lage des Unternehmens, einschließlich der Risikolage und des Risikomanagements, sowie über den Geschäftsverlauf unterrichtet. Auf Grundlage dieser Berichterstattung der Geschäftsführung hat der Aufsichtsrat die Führung der Geschäfte der Gesellschaft laufend überwacht und somit seine ihm laut Gesetz und Satzung übertragenen Funktionen uneingeschränkt ausüben können. Sämtliche Entscheidungen, die für das Unternehmen von grundlegender Bedeutung waren, sowie sonstige Geschäfte, zu denen nach der Geschäftsordnung die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich ist, wurden geprüft und mit der Geschäftsführung vor der Beschlussfassung erörtert.

Der Aufsichtsrat setzt sich aus zwölf Mitgliedern zusammen. Im Berichtsjahr ist der Aufsichtsrat zu vier ordentlichen Sitzungen und einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten. Die durchschnittliche Teilnahmequote der Aufsichtsratsmitglieder betrug ca. 88 %. Ein Aufsichtsratsmitglied nahm an zwei Sitzungen teil, vier Aufsichtsratsmitglieder nahmen an vier Sitzungen, alle übrigen an allen fünf Sitzungen teil. Zwei Beschlüsse wurden im Umlaufverfahren gefasst; Eilbeschlüsse des Aufsichtsratsvorsitzenden gab es in der Berichtsperiode nicht.

ARBEIT DER AUSSCHÜSSE

Der Aufsichtsrat hat nach § 25d KWG Ausschüsse gebildet.

Prüfungsausschuss

Der Prüfungsausschuss trat im Geschäftsjahr zu zwei ordentlichen Sitzungen zusammen. Sondersitzungen oder eilbedürftige Vorgänge, über die im Umlaufverfahren zu entscheiden wäre, lagen im Berichtsjahr nicht vor. Bei der ersten Sitzung waren alle vier Mitglieder des Prüfungsausschusses anwesend; an der zweiten Sitzung haben drei Mitglieder teilgenommen.

In der Sitzung vom 7. März 2019 hat der Prüfungsausschuss den Jahresabschluss und den Lagebericht, den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht der Volkswagen Bank GmbH für das Geschäftsjahr 2018 sowie den Vorschlag für die Gewinnverwendung geprüft. Dabei wurden die Berichte über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts, des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts der Volkswagen Bank GmbH sowie wesentliche Vorgänge und Themen mit Bezug zur Rechnungslegung mit dem Abschlussprüfer erörtert. Nach eingehender Prüfung hat der Prüfungsausschuss der Alleingeschafterin eine Empfehlung zur Wahl des Abschlussprüfers ausgesprochen und die Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung zur Erteilung des Prüfungsauftrags vorbereitet. Zudem erläuterte der Leiter der Internen Revision dem Ausschuss den Jahresbericht 2018 der Revision. Ferner ließ sich der Ausschuss über die Ergebnisse der aufsichtsrechtlichen Prüfung des Meldewesens Ende 2018 sowie über den Plan der externen Prüfungen im Jahr 2019 berichten.

In seiner Sitzung vom 29. November 2019 hat sich der Prüfungsausschuss über die aktuelle Geschäftsentwicklung der Volkswagen Bank Gruppe berichten lassen und sich mit der Prüfungsplanung, den Prüfungsschwerpunkten und den Informationspflichten des Abschlussprüfers befasst. Der Ausschuss hat sich erläutern lassen, inwiefern Beziehungen beruflicher, finanzieller oder sonstiger Art zwischen dem Abschlussprüfer und der Gesellschaft bzw. zu ihren Organen bestehen, um die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers zu beurteilen. In diesem Zusammenhang hat der Prüfungsausschuss Informationen über die vom Abschlussprüfer neben der Prüfungstätigkeit erbrachten Leistungen gegenüber der Gesellschaft eingeholt. Zudem hat sich der Ausschuss eingehend von den Vorbereitungsmaßnahmen zum Wechsel des Abschlussprüfers, den Ergebnissen diverser externer Prüfungen sowie noch ausstehenden Prüfungen berichten lassen. Abschließend berichtete der Leiter der Internen Revision über die Prüfungshandlungen im Geschäftsjahr, die noch offenen Maßnahmen und die wesentlichen Prüfungsschwerpunkte in 2020.

Risikoausschuss

Der Risikoausschuss trat im Geschäftsjahr zu drei ordentlichen Sitzungen zusammen. Eilbedürftige Vorgänge, über die im Umlaufverfahren zu entscheiden wäre, lagen im Berichtsjahr nicht vor. Drei Mitglieder des Ausschusses haben an allen drei Sitzungen teilgenommen. Ein Mitglied nahm an zwei Sitzungen teil.

Der Risikoausschuss befasste sich in seiner Sitzung am 7. März 2019 mit den Feststellungen im Hinblick auf das Risikomanagement aus dem Jahresabschlussbericht 2018, der SREP-Entscheidung der EZB, der Einstufung der Volkswagen Bank GmbH als anderweitig systemrelevantes Institut und der Anordnung eines Kapitalpuffers, den Aufsichtsprioritäten der EZB sowie weiteren Aktivitäten der EZB-Bankenaufsicht in Bezug auf die Gesellschaft im Berichtsjahr. Anschließend befasste sich der Ausschuss mit der Nachbetrachtung der Risikostrategie 2018, der Risikostrategie und Risikolimitierung 2019 sowie der IT-Strategie 2019. Die Vergütungsbeauftragte stellte das Vergütungssystem der Gesellschaft vor und erläuterte dessen Anreizwirkung. In diesem Zusammenhang befasste sich der Ausschuss auch mit der Prüfung der Berücksichtigung von Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstrukturen.

In der Sitzung am 7. Juni 2019 befasste sich der Risikoausschuss mit dem ICAAP-Bericht, dem vorläufigen Ergebnis des EZB-Liquiditätsstresstests sowie dem aktuellen Status beim Widerruf von Verbraucherdarlehensverträgen, der Ermittlung der Risikoaktiva für das Kreditrisiko unter Säule I nach dem Standardansatz sowie dem auf internen Ratings basierenden Ansatz.

Am 29. November 2019 ließ sich der Ausschuss erneut über den Sachstand beim Widerruf von Verbraucherdarlehensverträgen sowie zwei dazu ergangenen Urteilen des Bundesgerichtshofs berichten. Ferner befasste sich der Ausschuss mit der Risikokultur, den Maßnahmen zur Optimierung der Eigenkapitalquote und der historischen Risikoklassen-Entwicklung im Händlerportfolio der Gesellschaft.

Vergütungskontrollausschuss

Der Vergütungskontrollausschuss trat im Geschäftsjahr zu drei Sitzungen zusammen. Über die Zustimmung zum Vorratsbeschluss der Geschäftsführung betreffend Organkredite wurde im Umlaufverfahren entschieden. Bei den Sitzungen waren alle Mitglieder des Vergütungskontrollausschusses anwesend.

Der Vergütungskontrollausschuss befasste sich in seiner Sitzung am 7. März 2019 mit den Nebenbedingungen und der Bonuspoolermittlung gemäß Institutsvergütungsverordnung (IVV), der Malusprüfung gemäß § 20 Abs. 5 IVV, der Überprüfung der Vergütung der Kontrolleinheiten gemäß § 15 Abs. 3 IVV sowie der Empfehlung an den Aufsichtsrat zur Bestellung eines neuen Vergütungsbeauftragten.

In der Sitzung vom 4. April 2019 befasste sich der Ausschuss ausschließlich mit der Vergütung der Geschäftsführung und dem aktuellen Sachstand des Malus-Gremiums.

Am 29. November 2019 befasste sich der Ausschuss mit dem neuen Management-Vergütungssystem, dem Vorschlag zur Erhöhung der Obergrenze der variablen Vergütung für den Managementkreis, dem Vergütungsbericht für das Geschäftsjahr 2018 sowie der Risk Taker-Analyse für das Geschäftsjahr 2019. Schließlich stellte der Vergütungsbeauftragte den Vergütungskontrollbericht sowie die Prüfung der Angemessenheit der Vergütung gemäß § 12 IVV vor.

Nominierungsausschuss

Der Nominierungsausschuss trat im Geschäftsjahr zu zwei Sitzungen und einer Sondersitzung zusammen, bei denen jeweils alle Mitglieder anwesend waren. Umlaufbeschlüsse gab es im Berichtszeitraum nicht.

In seiner Sitzung am 05. März 2019 befasste sich der Ausschuss mit der Auswahl eines neuen Aufsichtsratsmitglieds und hat dem Aufsichtsrat eine Empfehlung erteilt.

Am 30. August 2019 überprüfte der Ausschuss in einer Sondersitzung die Eignung eines Organmitglieds.

In seiner Sitzung vom 24. Oktober 2019 befasste sich der Ausschuss mit der jährlichen Bewertung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats sowie der Verlängerung von zwei Geschäftsführungsmandaten.

Kreditausschuss

Dem Kreditausschuss ist die Entscheidung über die Zustimmung zu vorgelegten Kreditengagements, zur Übernahme von Bürgschaften, Garantien und ähnlichen Haftungen, zur Aufnahme von Darlehen der Gesellschaft, zum Ankauf von Forderungen und zu Rahmenverträgen zur Übernahme von Forderungen zugewiesen, mit denen sich der Aufsichtsrat nach Gesetz und Geschäftsordnung zu befassen hat. Der Kreditausschuss setzt sich aus drei Mitgliedern des Aufsichtsrats zusammen und trifft seine Entscheidungen schriftlich im Umlaufverfahren.

Weitere Ausschusssitzungen haben in der Berichtsperiode nicht stattgefunden.

Die Mitglieder der Ausschüsse berieten sich zudem untereinander mehrfach und hatten außerhalb der Ausschusssitzungen laufend Kontakt zur Geschäftsführung. Im Plenum wurde über die Arbeit der Ausschüsse berichtet, soweit diese stattgefunden haben.

BERATUNGSPUNKTE IM AUFSICHTSRAT

In unserer Sitzung am 7. März 2019 billigte der Aufsichtsrat nach eingehender Prüfung den von der Geschäftsführung aufgestellten Konzernabschluss sowie den Jahresabschluss der Volkswagen Bank GmbH des Jahres 2018. Daneben beschäftigten wir uns mit dem Budget 2019, der Refinanzierungsstrategie für den besicherten Kapitalmarkt, den Schwerpunktthemen für das Geschäftsjahr 2019, dem Zielbild für das Girokonto- und Wertpapiergeschäft sowie der Schließung einer Filiale der Direktbank. Zudem diskutierte der Aufsichtsrat eine Empfehlung zur Wahl eines neuen Aufsichtsratsmitglieds sowie die Nachbesetzung des ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieds in den Ausschüssen.

In der außerordentlichen Sitzung am 8. Mai 2019 diskutierten wir ausschließlich die Vergütung der Mitglieder der Geschäftsführung und ließen uns die Ergebnisse der Sitzung des Malus-Gremiums erläutern. Sowohl in der Sitzung am 7. Juni 2019 als auch in der Sitzung am 29. November 2019 hat uns die Geschäftsführung umfassend über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Gesellschaft berichtet.

In der Sitzung vom 7. Juni 2019 befassten wir uns insbesondere mit den Ergebnissen und dem Abarbeitungsplan der EZB Prüfung im Bereich IT sowie dem Compliance-Bericht. Ferner diskutierten wir diverse gesellschaftsrechtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Separierung des europäischen Kreditgeschäfts in der Volkswagen Bank GmbH von den übrigen Aktivitäten in der Volkswagen Financial Services AG.

Am 20. September 2019 erteilten wir nach eingehender Beratung die Genehmigung zur mittelfristigen Finanz- und Investitionsplanung der Gesellschaft und des Konzerns und ließen uns über die strategische Ausrichtung der Volkswagen Bank GmbH berichten. Weitere Themen waren das OpEx-Programm zur Senkung der Kosten der Bank, die Anbieterentscheidung bei der Auswahl eines neuen IT-Providers für die Ablösung eines Vertragsmanagementsystems sowie der Status der Umsetzung von Access Identity Management und Privileged Access Management. Zudem ließen wir uns zum Umsetzungsstand aufsichtsrechtlicher Anforderungen und langlaufenden Revisionsmaßnahmen in einer ausländischen Filiale berichten und stimmten dem Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an einem österreichischen Unternehmen zu.

In der Sitzung vom 29. November 2019 erörterten wir insbesondere die Ergebnisse der jährlichen Bewertung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats gemäß § 25d KWG sowie die Vorbereitung und den aktuellen Status der EZB-Prüfungen. Ferner ließen wir uns zum Thema Führen im digitalen Wandel und über das Projekt des Volkswagen Konzerns „Together 4 Integrity“ berichten.

Bei allen Sitzungen haben die jeweiligen Vorsitzenden der Ausschüsse über die Inhalte der Ausschusssitzungen ausführlich berichtet, soweit diese stattgefunden haben.

JAHRES- UND KONZERNABSCHLUSSPRÜFUNG

Der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, wurde der Auftrag erteilt, den Konzernabschluss nach IFRS und den Jahresabschluss nach HGB der Volkswagen Bank GmbH zum 31. Dezember 2019 unter Einbeziehung der Buchführung und der Lageberichte zu prüfen.

Dem Aufsichtsrat lagen der Konzernabschluss nach IFRS und der Jahresabschluss nach HGB der Volkswagen Bank GmbH zum 31. Dezember 2019 sowie die Lageberichte vor. Der Abschlussprüfer, die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, hat diese Abschlüsse unter Einbeziehung der Buchführung und der Lageberichte geprüft und jeweils mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

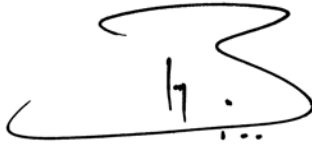
Die Prüfung des Konzernabschlusses und des Jahresabschlusses sowie der Lageberichte durch den Aufsichtsrat hat keinen Anlass zu Einwendungen gegeben. Die Wirtschaftsprüfer waren bei der Behandlung dieses Tagesordnungspunkts in der Aufsichtsratsitzung anwesend und berichteten über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung.

Der Aufsichtsrat hat den von der Geschäftsführung aufgestellten Konzernabschluss und den Jahresabschluss der Volkswagen Bank GmbH in seiner Sitzung am 11. März 2020 gebilligt. Der Konzernabschluss und der Jahresabschluss sind damit festgestellt.

Aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags wurde der im Geschäftsjahr 2019 erzielte handelsrechtliche Gewinn der Volkswagen Bank GmbH an die Volkswagen AG abgeführt.

Der Aufsichtsrat spricht den Geschäftsführungsmitgliedern, den Betriebsräten, dem Management sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Volkswagen Bank GmbH und den mit ihr verbundenen Unternehmen seinen Dank und seine Anerkennung für die geleistete Arbeit aus. Sie alle haben mit ihrem hohen Einsatz zur Weiterentwicklung der Volkswagen Bank GmbH beigetragen.

Braunschweig, den 11. März 2020

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'B' shape with a vertical line through the center and a horizontal line at the bottom.

Dr. Jörg Boche
Vorsitzender des Aufsichtsrats

HINWEIS IN BEZUG AUF ZUKUNFTSGERICHTETE AUSSAGEN

Dieser Bericht enthält Aussagen zum künftigen Geschäftsverlauf der Volkswagen Bank GmbH. Diesen Aussagen liegen u. a. Annahmen zur Entwicklung der Weltwirtschaft sowie der Finanz- und Automobilmärkte zugrunde, die die Volkswagen Bank GmbH auf Basis der ihr vorliegenden Informationen getroffen hat und die sie zurzeit als realistisch ansieht. Die Einschätzungen sind mit Risiken behaftet und die tatsächliche Entwicklung kann von der erwarteten abweichen.

Sollte es daher entgegen den Erwartungen und Annahmen zu einer abweichenden Entwicklung kommen oder unvorhergesehene Ereignisse eintreten, die auf das Geschäft der Volkswagen Bank GmbH einwirken, wird das ihre Geschäftsentwicklung entsprechend beeinflussen.

HERAUSGEBER

Volkswagen Bank GmbH
Gifhorner Straße 57
38112 Braunschweig
Telefon +49 (0) 531 212-0
info@vwfs.com
www.vwfs.de

INVESTOR RELATIONS

Telefon +49 (0) 531 212-30 71
ir@vwfs.com

Inhouse produziert mit [firesys](#)

Dieser Geschäftsbericht ist unter <http://www.vwfs.com/arvwbank19> auch in englischer Sprache erhältlich. Wir bitten unsere Leserinnen und Leser um Verständnis, dass wir aus Gründen der Sprachvereinfachung die maskuline grammatische Form verwenden.

VOLKSWAGEN BANK GMBH

Gifhorner Straße 57 · 38112 Braunschweig · Telefon +49 (0) 531 212-0
info@vwfs.com · www.vwfs.de · www.facebook.com/vwfsde
Investor Relations: Telefon +49 (0) 531 212-30 71 · ir@vwfs.com